

Wen kümmert schon Europa? Europa als Wahlkampfthema bei der Bundestagswahl 2013

Lisa Helene Anders

Ein Tag vor der Bundestagswahl 2013 wurde in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) in Hinblick auf die Europapolitik ein „diskursives Defizit“ des Wahlkampfes diagnostiziert. Es sei um eine „für Europa angemessene deutsche Europapolitik gar nicht gerungen“ worden, was in „Repräsentations- und Legitimationslücken“¹ resultiere. Es ist fraglich, ob diese Diagnose einer systematischen Prüfung standhält. Erstens dürfte Wählern und Politikern die Bedeutung europäischer Politikgestaltung spätestens durch die „Euro-Krise“ nachdrücklich vor Augen geführt worden sein. Zweitens wurden und werden bei der Auseinandersetzung über die Lösung der Krise Grundfragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik berührt, die den Parteien „Ansatzpunkte für einen klassischen sozioökonomischen Konflikt“ über „Art und Reichweite staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben“² bieten. Drittens hat sich 2013 mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine euroskeptische Partei gegründet, die den Wahlkampf speziell in Fragen der Europapolitik dynamisiert haben dürfte. Deshalb wird im Folgenden mittels einer Inhaltsanalyse dreier Printmedien der Frage nachgegangen, welche Rolle die Europapolitik im Wahlkampf 2013 tatsächlich spielte. War es den Wählern möglich, in den Massenmedien eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung der Parteien in der Europapolitik beziehungsweise unterscheidbare Parteipositionen zu verschiedenen europapolitischen Sachfragen zu ermitteln?³

Besondere Relevanz besitzt die Frage angesichts der Exekutivlastigkeit⁴ des europäischen Mehrebenensystems, die durch die Krisenpolitik der vergangenen Jahre verstärkt wurde.⁵ Vor diesem Hintergrund können Wähler in den Mitgliedstaaten der EU europapolitische Grundsatzentscheidungen sowie die Sekundärrechtsetzung primär bei nationalen Wahlen sanktionieren. Hier bestimmen sie, welche Parteien auf nationaler Ebene die Regierung

- 1 *Andreas Gross*, Betroffen, aber ausgeschlossen, in: FAZ vom 20. September 2013, S. 7. Vielerorts fand sich ähnliche Kritik an der geringen Thematisierung Europas im Wahlkampf. Vgl. zum Beispiel *Daniel Brössler*, Merkels Gift, in: SZ vom 12. August 2013, S. 4; *Gesine Schwan*, Angst vor Europa, in: SZ vom 7. November 2013, S. 2.
- 2 *Bernhard Wessels / Harald Schoen / Oscar W. Gabriel*, Die Bundestagswahl 2009 – Rückschau und Vorschau, in: *dies.* (Hrsg.), Wahlen und Wähler, Wiesbaden 2013, S. 13 – 29, S. 25.
- 3 Als „europapolitische Sachfragen“ werden hier Fragen der Ausgestaltung europäisierter Politikbereiche verstanden. Ebenfalls unter den Begriff fallen Fragen der Kompetenzverlagerung sowie der institutionellen Ausgestaltung der EU.
- 4 Vgl. *Timm Bechelt*, Regierungen als quasi-parlamentarische Akteure: Die Rolle der nationalen Exekutiven im Mehrebenenparlamentarismus, in: *Gabriele Abels / Annegret Eppler* (Hrsg.), Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus?, Baden-Baden 2011, S. 119 – 131; *Thomas König / Tanja Dannwolf / Brooke Luetert*, EU Legislative Activities and Domestic Politics, in: *Sylvain Brouard / Olivier Costa / Thomas König* (Hrsg.), The Europeanization of Domestic Legislatures, New York / London 2012, S. 21 – 37, S. 25.
- 5 Vgl. *Wolfgang Wessels / Tobias Kunstein*, Die Europäische Union in der Währungskrise: Eckdaten und Schlüsselentscheidungen, in: Integration, 34. Jg. (2011), H. 4, S. 308 – 322; *Martin Große Hüttmann / Michèle Knott*, Das Ende der Demokratie in Europa?, in: *Gabriele Abels / Annegret Eppler* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 133 – 184; *Ben Crum*, Saving the Euro at the Cost of Democracy?, in: Journal of Common Market Studies, 51. Jg. (2013), H. 4, S. 614 – 630.

bilden und damit in der Europapolitik das größte Einflusspotenzial besitzen: „Für die Substanz der europäischen Politik zählt jede nationale Parlamentswahl stärker als die Wahl eines neuen Europaparlaments.“⁶

Die Frage nach der Bedeutung der Europapolitik in nationalen Wahlkämpfen kann in der Debatte über die zunehmende Politisierung der EU verortet werden.⁷ Im vorliegenden Beitrag wird angenommen, dass eine zunehmend kritische Öffentlichkeit gegenüber der EU die Europapolitik der Regierungen und auch die Integrationsdynamik nur dann beeinflussen kann, wenn europapolitische Themen von den Parteien in nationalen Wahlkämpfen aufgegriffen und in politische Alternativen überführt werden. Nur dann sind die Wähler in der Lage, ihre Wahlentscheidung auch bei nationalen Wahlen mit Blick auf die Europapolitik zu treffen.

Um systematisch zu prüfen, welche Rolle die Europapolitik im Wahlkampf 2013 tatsächlich gespielt hat, wird im vorliegenden Artikel für den Zeitraum vor der Bundestagswahl 2013 eine Inhaltsanalyse zweier überregionaler Qualitätszeitungen, FAZ und Süddeutsche Zeitung (SZ) sowie eines Boulevardblattes, der Bild-Zeitung, durchgeführt. So soll ermittelt werden, welche europapolitischen Aussagen beziehungsweise Schwerpunktsetzungen der Parteien die Wähler durch den „journalistische[n] Selektionsfilter“⁸ erreichen konnten und ob sich tatsächlich politische Alternativen in der Europapolitik abzeichneten. Die Analyse richtet sich also auf den europapolitischen medialen Output in der Wahlkampfphase.

1. Erkennbare Wahlmöglichkeiten als notwendige Voraussetzung für demokratische Repräsentation

Demokratie bedeutet nicht zuletzt, dass die Bürger die Wahl zwischen politischen Alternativen haben. Dies setzt den „Wettbewerb zwischen rivalisierenden politischen Programmen und/oder Kandidaten“,⁹ sowie dessen mediale Vermittlung voraus. Der mittelbare Repräsentationskanal der EU muss diesen Anforderungen genügen, wenn die Europapolitik nationaler Regierungen an das Elektorat zurückgebunden werden soll. Nur dann sind die „bonds of accountability“ hier tatsächlich „tight“¹⁰. Dies gilt trotz der wachsenden Bedeutung von Interessengruppen und sozialen Bewegungen, denn nur bei erkennbaren programmativen Differenzen zwischen den Parteien besteht für die Wähler die Möglichkeit, ihre europapoliti-

6 Jürgen Hartmann, Das politische System der Europäischen Union, Frankfurt am Main / New York 2009; vgl. auch Peter Mair, The Limited Impact of Europe on National Party Systems, in: West European Politics, 23. Jg. (2000), H. 4, S. 27 – 51.

7 Vgl. Michael Zürn / Matthias Ecker-Ehrhardt (Hrsg.), Die Politisierung der Weltpolitik, Berlin 2013.

8 Marcus Maurer, Fakten oder Floskeln? Die Inhalte der Wahlprogramme im Bundestagswahlkampf 2005 in der Tagespresse, in: Publizistik, 52. Jg. (2007), H. 2, S. 174 – 190, S. 175.

9 Simon Hix, Wahlen und Demokratie in der EU, in: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch (Hrsg.), Europäische Integration, Opladen 2003, S. 152. In diesem Sinne werden auch in der Parteienforschung erkennbare Unterschiede zwischen konkurrierenden Parteien als eine der wesentlichen Voraussetzungen für sachfragenorientiertes Wählen genannt. Vgl. Harald Schoen / Cornelia Weins, Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Jürgen W. Falter / Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 187 – 242.

10 Andrew Moravcsik, In Defence of the ‘Democratic Deficit’: Reassessing Legitimacy in the European Union, in: Journal of Common Market Studies, 40. Jg. (2002), H. 4, S. 603 – 624, S. 612.

tischen Präferenzen in einer „politically potent manner“¹¹ zum Ausdruck zu bringen. Ob die Wähler die hierdurch eröffnete Möglichkeit zur Sanktionierung der Europapolitik der Regierung tatsächlich nutzen, ist hierbei zunächst von nachrangiger Bedeutung.

Politische Alternativen können sich in repräsentativen Demokratien empirisch unterschiedlich darstellen. Zum einen können sie sich zeigen, wenn Parteien zu politischen Sachfragen unterschiedliche Positionen beziehen. Zum anderen können politische Alternativen durch die unterschiedliche Prioritätensetzung der Parteien sichtbar werden.¹² Im Folgenden sind beide Ausprägungen des parteipolitischen Wettbewerbs Gegenstand der empirischen Analyse.

2. Europa: kein Thema bei nationalen Wahlkämpfen

Verschiedene Studien zeigen, dass der Großteil der Wähler in Deutschland der Europapolitik bislang weder bei EP-Wahlen noch bei nationalen Wahlen besonderes Interesse entgegengebracht hat: „Europaspezifische Sachfragen spielen im Bewusstsein der Wähler und im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle.“¹³ Auch die Europäisierung nationaler Parteien fällt mäßig aus. Weder haben sie ihre Organisationsstrukturen angesichts der europäischen Integration verändert, noch nutzen sie europapolitische Sachfragen, um sich voneinander abzugrenzen.¹⁴ Insbesondere die Parteien in Deutschland waren in Fragen der europäischen Integration lange für ihren breiten Konsens bekannt. Europa war damit weder Wahlkampfthema noch wahlentscheidend.¹⁵

Verschiedene Autoren vermuten deshalb eine gezielte Strategie der Entpolitisierung Europas. Michael Zürn argumentiert, dass im Wahlkampf 2005 die Themen der „Globalisierung“ und der „Europäischen Union“ aus „der Begriffswelt der politischen Auseinandersetzung“¹⁶ verschwanden, da der Verweis auf äußere Restriktionen gestört habe. Auch bei

11 Cees van der Eijk / Mark N. Franklin, Potential for Contestation on European Matters at National Elections in Europe, in: Gary Marks / Marco R. Steenbergen (Hrsg.), European Integration and Political Conflict, Cambridge / New York 2004, S. 32 – 50, S. 41.

12 Vgl. Ian Budge, Theory and Measurement of Party Policy Positions, in: ders. / Hans-Dieter Klingemann / Andrea Volkens / Judith Bara / Eric Tanenbaum (Hrsg.), Mapping Policy Preferences: Estimates for Parties, Electors and Governments 1945-1998, Oxford 2001, S. 75 – 90.

13 Wolfgang Langer / Christian Rademacher / Kerstin Völk, Rationale Wähler im Mehrebenensystem? Individuelle Wahlabsichten bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen 2009, in: Bernhard Wefels / Harald Schoen / Oscar W. Gabriel (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 2), S. 452 – 474, S. 454.

14 Vgl. Benjamin von dem Berge / Thomas Poguntke, Die Europäisierung nationaler Parteien und europäische Parteien, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung 2013, S. 875 – 904; Jürgen Mittag / Janosch Steuwer, Politische Parteien in der EU, Wien 2010.

15 Vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Europapolitik als Staatsräson, in: Reimut Zohlnhöfer / Manfred G. Schmidt (Hrsg.), Regieren in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2006, S. 467 – 490; Franz Urban Pappi / Paul W. Thurner, Die deutschen Wähler und der Euro: Auswirkungen auf die Bundestagswahl 1998?, in: PVS, 41. Jg. (2000), H. 3, S. 435 – 465; Roland Sturm, Europa – kein Wahlkampfthema? Die Bundestagswahl 2002 im Kontext der Europäischen Union, in: Der Bürger im Staat, 52. Jg. (2002), H. 1/2, S. 74 – 78; Catherine E. de Vries, Sleeping Giant: Fact or Fairytale? How European Integration Affects National Elections, in: European Union Politics, 8. Jg. (2007), H. 3, S. 363 – 385.

16 Michael Zürn, Zur Politisierung der Europäischen Union, in: PVS, 47. Jg. (2006), H. 2, S. 242 – 251, S. 248.

Paul Pennings heißt es, „that Europe is deliberately being underemphasized“¹⁷, während *Andreas Follesdal* und *Simon Hix* vermuten: „Parties collude to keep the issue of Europe off the domestic agenda.“¹⁸ Auf Basis dieser Annahmen ist zu erwarten, dass die Thematisierung Europas im Vorfeld von Wahlen abnimmt. Je näher der Wahltag rückt, desto weniger werden die Parteien auf die Europapolitik rekurrieren. Insbesondere dürfte dies für die „heiße Wahlkampfphase“ gelten, die circa sechs bis vier Wochen vor dem Wahltermin beginnt.¹⁹ In der empirischen Analyse wird deshalb erhoben, welche Bedeutung dem Thema der Europapolitik im zeitlichen Verlauf zukommt.

Andere Autoren vermuten, dass die Vernachlässigung europapolitischer Sachfragen für die Parteien wahlstrategisch rational sei, da sich mit Europa aufgrund des mangelnden Interesses der Bürger keine Stimmen gewinnen lassen: „Grundlegende Wahlkalküle sprechen (...) dagegen, dass sich die Parteien dem Thema Europa in nationalen Wahlkämpfen intensiv widmen.“²⁰ Insbesondere für Volksparteien besteht demnach kein Anreiz, Fragen der Europapolitik im Wahlkampf zu thematisieren. Die Parteien an den Rändern des parteipolitischen Spektrums sind hingegen durchaus motiviert, die „bestehenden Bedingungen des Parteienwettbewerbs zu restrukturieren“²¹. Das Aufgreifen vergleichsweise neuer Themen kann ihnen zur Profilierung und zur Abgrenzung von den etablierten Parteien dienen und sich so in Stimmenzuwachs niederschlagen.²² Dementsprechend zeigte eine österreichische Studie, dass in nationalen Wahlkämpfen insbesondere Parteien an den Rändern des politischen Spektrums Fragen der Europapolitik thematisierten.²³ Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass vor allem die AfD und die als stark europakritisch eingestuften Parteien NPD und Republikaner²⁴ ihre europapolitischen Positionen im Wahlkampf akzentuiert

17 *Paul Pennings*, An Empirical Analysis of the Europeanization of National Party Manifestos, 1960–2003, in: European Union Politics, 7. Jg. (2006), H. 2, S. 257 – 270, S. 268.

18 *Andreas Follesdal / Simon Hix*, Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik, in: Journal of Common Market Studies, 44. Jg. (2006), H. 3, S. 533 – 562, S. 536. Deziidiert ausgeführt werden die Gründe einer Depolitisierung selten. Sie dürfen unter anderem mit bestehenden Möglichkeiten zum „blame avoidance“ im europäischen Mehrebenensystem zusammenhängen, die Unkenntnis der Wähler über die Verantwortungsbezüge voraussetzen. *Roland Sturm*, a.a.O. (Fn. 15), S. 74; *Jürgen Gerhards / Anke Offenhaus / Jochen Roose*, Wer ist verantwortlich? Die Europäische Union, ihre Nationalstaaten und die massenmediale Attribution von Verantwortung für Erfolge und Misserfolge, in: *Frank Marcinkowski / Barbara Pfetsch* (Hrsg.), Politik in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2009, S. 529 – 558.

19 Vgl. *Marcus Maurer / Carsten Reinemann*, Medieninhalte, Wiesbaden 2006, S. 112.

20 *Andrea Volkens*, Programmatische Stellungnahmen nationaler Parteien zur Europäischen Union, in: *Jens Alber / Wolfgang Merkel* (Hrsg.), Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung?, WZB-Jahrbuch 2005, Berlin 2006, S. 253 – 279, S. 255.

21 *Jürgen Mittag / Janosch Steuwer*, a.a.O. (Fn. 14), S. 233; vgl. auch *Liesbet Hooghe / Gary Marks / Carole J. Wilson*, Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?, in: *Gary Marks / Marco R. Steenbergen* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 11), S. 120 – 140; *Mark Aspinwall*, Preferring Europe: Ideology and National Preferences on European Integration, in: European Union Politics, 3. Jg. (2002), H. 1, S. 81 – 111.

22 Vgl. *Paul Taggart*, A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems, in: European Journal of Political Research, 33. Jg. (1998), H. 3, S. 363 – 388.

23 Vgl. *Sarah Meyer / Sieglinde Rosenberger*, Europäisierung durch nationale Wahlen? Europa im österreichischen Nationalratswahlkampf 2006, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 37. Jg. (2008), H. 3, S. 297 – 314.

24 Vgl. *Oskar Niedermayer*, The Party System: Structure, Policy, and Europeanization, in: *Kenneth Dyson / Klaus H. Goetz* (Hrsg.), Germany, Europe and the Politics of Constraint, Oxford 2003, S. 129 – 146, S. 142.

haben. Auch ist zu erwarten, dass Die Linke vergleichsweise häufig Stellung zu europapolitischen Sachfragen bezogen hat, da sie sich in der Vergangenheit euroskeptischer gezeigt hat als andere im Bundestag vertretene Parteien.²⁵

Allerdings fungieren Medien nicht als neutrale Mittler von Parteipositionen: Europapolitik besitzt einen vergleichsweise geringen Nachrichtenwert. Selektionsfaktoren der Medien, zum Beispiel Nähe und Betroffenheit, werden durch europäische Politik weniger erfüllt als durch nationale Politik.²⁶ Komplexe Entscheidungsstrukturen und der konsensuale Entscheidungsstil auf europäischer Ebene „lassen viele Nachrichtenfaktoren vermissen, an denen sich die Medien in ihrer Selektion von Information orientieren“²⁷. Damit ist zu vermuten, dass die Medienlogik die Vermittlung von Parteipositionen zu europapolitischen Sachfragen hemmt.

Zudem wurde gezeigt, dass Regierungen bei den Medien gegenüber der Opposition einen „Beachtungsvorsprung“²⁸ haben. Dies gilt auch bei der Berichterstattung über die Europapolitik, bei der insbesondere die Regierungschefs und die Minister genannt werden.²⁹ Folglich kann das stärkere Interesse kleiner Parteien an der Thematisierung Europas in Wahlkampfphasen durch diesen „Beachtungsvorsprung“ der Regierungen überdeckt werden. Für die vorliegende Analyse bedeutet dies, dass aus den Ergebnissen der Inhaltsanalyse nicht direkt auf die Schwerpunktsetzung und die Kommunikationsstrategien der Parteien geschlossen werden kann. Vielmehr wird ermittelt, welche Positionen zu europapolitischen Sachfragen die medialen Selektionskriterien überstehen und bei den Wählern ankommen können.

3. Ansätze einer Europäisierung nationaler Wahlkämpfe?

Trotz allem begründbaren Pessimismus hinsichtlich der Bedeutung europapolitischer Fragen in den nationalen Wahlkämpfen mehren sich in den letzten Jahren die Zeichen für ihre zaghafte Europäisierung in den Mitgliedstaaten der EU: In Parteiprogrammen und in der Medienberichterstattung im Vorfeld von Wahlen hat das Thema „Europa“ insbesondere in den 1990er Jahren an Bedeutung gewonnen. In den Parteiprogrammen nahm der Umfang

25 Die vergleichsweise starke euroskeptische Haltung der Partei Die Linke beziehungsweise der PDS bestätigen Experten: *Leonhard Ray*, Measuring Party Orientations towards European Integration: Results from an Expert Survey, in: *European Journal of Political Research*, 36. Jg. (1999), H. 2, S. 283 – 306.

26 Vgl. *Michael Latzer / Florian Saurwein*, Europäisierung durch Medien: Ansätze und Erkenntnisse der Öffentlichkeitsforschung, in: *Wolfgang R. Langenbucher / Michael Latzer* (Hrsg.), *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel*, Wiesbaden 2006, S. 10 – 44.

27 *Jürgen Gerhards*, Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: *Maurizio Bach* (Hrsg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*, Opladen 2000, S. 277 – 305, S. 289; kritisch dazu *Barbara Pfetsch / Ruud Koopmans*, Unter falschem Verdacht – Massenmedien und die Europäisierung der politischen Öffentlichkeit in Deutschland, in: *Wolfgang R. Langenbucher / Michael Latzer* (Hrsg.), *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel*, Wiesbaden 2006, S. 179 – 191.

28 *Frank Böckelmann / Günter Nahr*, Staatliche Öffentlichkeitsarbeit im Wandel der politischen Kommunikation, Berlin 1979, S. 10. Vgl. auch: *Marcus Maurer / Carsten Reinemann*, a.a.O. (Fn. 19), S. 120 f.

29 Vgl. *Ruud Koopmans*, Who Inhabits the European Public Sphere? Winners and Losers, Supporters and Opponents in Europeanised Political Debates, in: *European Journal of Political Research*, 46. Jg. (2007), H. 2, S. 183 – 210, S. 205.

europäischer Sachfragen leicht zu.³⁰ Eine Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung vor Wahlen in verschiedenen Mitgliedstaaten zeigt zudem, dass Europa von den Parteien in den 1990er Jahren deutlich häufiger thematisiert wurde als noch zwanzig Jahren zuvor.³¹ Mit der zunehmenden Europäisierung³² ist also auch die Bedeutung europapolitischer Themen in Wahlprogrammen und Medien gewachsen. Hierbei spiegeln die Wahlprogramme aber noch immer nicht das tatsächliche Ausmaß der Europäisierung wider: „Manifestos do not reflect the ‘real’ degree of Europeanization of policy sectors.“³³ Und auch der Stellenwert, den Fragen der Europapolitik in den Medien besitzen, variiert deutlich in den EU-Mitgliedstaaten. Er war bislang, wenn auch mit steigender Tendenz, insbesondere in Deutschland schwach ausgeprägt.³⁴

Neuere Umfragen belegen, dass die Bürger die Institutionen der EU als immer wichtiger wahrnehmen. Damit könnten für die Parteien die Anreize für die Thematisierung Europas im Wahlkampf steigen. 2008 waren 81 Prozent der Befragten in Deutschland der Ansicht, dass die EU für „das, was in Deutschland passiert“, relevant ist (zum Vergleich: 82 Prozent bescheinigten dies der Bundesregierung).³⁵ 2011 gaben gut ein Drittel der Befragten an, die „Euro-Krise“ sei das wichtigste Problem in Deutschland.³⁶ Diese Wahrnehmung dürfte durch die umfangreiche Medienberichterstattung in den vergangenen Jahren verstärkt worden sein. Noch nie vor Ausbruch der Krise, so *Michael Zürns* Einschätzung, hat eine Frage der Europapolitik „so lange und nachhaltig die Schlagzeilen bestimmt“³⁷. Er vermutete deshalb, dass „die Bewältigung der Eurokrise und die europäische Frage der zentrale Gegenstand des Bundestagswahlkampfes“³⁸ werden würde.

Auch für die politischen Akteure selbst dürften Fragen der Europapolitik inzwischen präsenter sein. Die „Euro-Krise“ stand wie kein anderes Thema der europäischen Integration zuvor „in so kurzen Zeitabständen so häufig auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages“³⁹. Sie hat zudem, wie *Andreas Wimmel* in seiner Analyse von Plenardebatten demonstriert, zu neuen Konfliktlinien zwischen den Parteien geführt und den jahrzehntelangen europapolitischen Konsens aufgeweicht. Deutlich zeigte sich dies auch an der Neugründung der eurokritischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) im Februar 2013.⁴⁰

30 Vgl. *Andrea Volkens*, a.a.O. (Fn. 20).

31 Vgl. *Hanspeter Kriesi*, The Role of European Integration in National Election Campaigns, in: European Union Politics, 8. Jg. (2007), H. 1, S. 83 – 108.

32 Vgl. *Tanja A. Börzel*, Mind the Gap! European Integration between Level and Scope, in: Journal of European Public Policy, 12. Jg. (2005), H. 2, S. 217 – 236.

33 *Paul Pennings*, a.a.O. (Fn. 17).

34 Vgl. *Hanspeter Kriesi*, a.a.O. (Fn. 31).

35 Vgl. *Matthias Ecker-Ehrhardt / Bernhard Weßels*, Input- oder Output-Politisierung internationaler Organisationen? Der kritische Blick der Bürger auf Demokratie und Leistung, in: *Michael Zürn / Matthias Ecker-Ehrhardt* (Hrsg.), Die Politisierung der Weltpolitik, Berlin 2013, S. 36 – 60, S. 42.

36 Vgl. GLES, Deutsche Wahlstudie, Ausgewählte Ergebnisse der Befragung im Herbst 2011, <http://deutschewahlstudie.de/ergebnisse/ausgewählte-ergebnisse-der-befragung-im-herbst-2011/> (Abruf am 27. Januar 2014).

37 *Michael Zürn*, Nachwort, in: *ders. / Matthias Ecker-Ehrhardt* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 35), S. 413 – 425, S. 415.

38 Ebenda, S. 416.

39 *Andreas Wimmel*, Deutsche Parteien in der Euro-Krise: Das Ende des Konsensprinzips?, in: Integration, 35. Jg. (2012), H. 1, S. 19 – 34, S. 23.

40 Auch bei vorherigen Bundestagswahlen warben euroskeptische Parteien um Stimmen. Der 1994 gegründete Bund Freier Bürger konnte bei EP-Wahlen 1994 1,1 Prozent und bei den Bundes-

Programmatisch distanziert sich diese von den im Bundestag vertretenen Parteien.⁴¹ Letztere fordern zwar inzwischen auch die kritische Prüfung der EU-Kompetenzen und deren Rückübertragung, „wenn sich eine europäische Zuständigkeit als nicht sinnvoll erwiesen hat“⁴². An der Befürwortung des Euro und ihrer grundsätzlich integrationsfreundlichen Position lassen sie jedoch keinen Zweifel.⁴³ Politiker verschiedener Lager äußerten allerdings Befürchtungen, dass die AfD ihrer Partei jeweils entscheidende Stimmen kosten könne.⁴⁴

Vor diesem Hintergrund ist eine wahlaktische motivierte Vernachlässigung oder gar eine gezielte Strategie der Entpolitisierung Europas durch die Parteien weniger wahrscheinlich. Vielmehr ist zu erwarten, dass Europapolitik im Bundestagswahlkampf durchaus eine Rolle gespielt hat. Nicht nur die Parteien an den Rändern dürften sich zu europapolitischen Sachfragen geäußert und damit den Wählern Alternativen aufgezeigt haben. Zudem ist nicht damit zu rechnen, dass Aspekte der Europapolitik mit näher rückendem Wahltermin aus dem politischen Diskurs verdrängt wurden.

4. Daten und Methode

Nicht die Wahlprogramme der Parteien, sondern die Massenmedien sind heutzutage die zentrale politische Informationsquelle der Wähler.⁴⁵ Dies gilt auch für europapolitische Themen. In Eurobarometer-Umfragen zu den wichtigsten Ressourcen für Informationen über die EU, ihre Politik und ihre Institutionen nannten die Befragten an erster Stelle das Fernsehen, gefolgt von Tageszeitungen und dem Internet. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Tageszeitungen dabei vergleichsweise wichtig: 62 Prozent der Befragten gaben

tagswahlen 0,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, bevor er sich 2000 auflöste. Die bei der Bundestagswahl 1998 angetretene Pro DM erhielt 0,9 Prozent der gültigen Zweitstimmen. Vgl. Roland Sturm / Heinrich Pehle, Das neue deutsche Regierungssystem, Wiesbaden 2012, S. 174; Franz Urban Pappi / Paul W. Thurner, Die deutschen Wähler und der Euro: Auswirkungen auf die Bundestagswahl 1998?, in: PVS, 41. Jg. (2000), H. 3, S. 435 – 465, S. 462.

- 41 Wahlprogramm der Alternative für Deutschland vom 14. April 2013, vgl. <https://www.alternativefuer.de/partei/programm> (Abruf am 21. Mai 2013).
- 42 Gleichzeitig findet sich in dem Programm der SPD die Forderung der stärkeren „Harmonisierung von europäischer Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik“, wodurch die grundsätzlich integrationsfreundliche Position der Partei unterstrichen wird. Vgl. SPD, Das Wir entscheidet. Regierungsprogramm 2013-2017, Berlin 2013, S. 14.
- 43 Dies gilt auch für die Linke, die in ihrem Wahlprogramm zwar für einen „Politikwechsel in Europa“, aber „nicht für ein Ende des Euro ein[tritt]“. Vgl. Die Linke, 100% sozial. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013, Dresden 2013, S. 49.
- 44 Vgl. Christian Ramthun / Henning Krumrey, Schäuble: AfD könnte uns entscheidende Stimmen kosten, in: Wirtschaftswoche vom 20. April 2013, <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/bundestagswahl-schaeuble-afd-koennte-uns-entscheidende-stimmen-kosten/8093814.html> (Abruf am 21. Mai 2013); Alternative für Deutschland: Steinbrück warnt SPD vor Anti-Euro-Partei, in: Spiegel Online vom 16. Mai 2013, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-kandidat-steinbrueck-fuerchtet-stimmverluste-an-afd-a-900328.html> (Abruf am 29. August 2013).
- 45 Vgl. Marcus Maurer, Wissensvermittlung in der Mediendemokratie. Wie Medien und politische Akteure die Inhalte von Wahlprogrammen kommunizieren, in: Frank Marcinkowski / Barbara Pfetsch (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 18), S. 151 – 173.

hier an, diese als Informationsquelle zu nutzen (zum Vergleich: in Griechenland und Rumänien waren es nur 25 Prozent der Befragten).⁴⁶

Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, die einleitend aufgeworfene Frage mithilfe einer Inhaltsanalyse von Printmedien zu beantworten.⁴⁷ Dazu werden mit der FAZ und der SZ zwei überregionale Qualitätszeitungen herangezogen. Diese Auswahl wird um Bild, die auf-lagenstärkste deutsche Zeitung, ergänzt. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die überregionalen Qualitätszeitungen kaum ein „quantitativ relevantes Publikum“⁴⁸ erreichen. Zusätzlich analysiert werden die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung sowie die Bild am Sonntag.⁴⁹ Die Analyse beginnt mit dem 24. Juni 2013, als alle im Bundestag vertretenen Parteien ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 verabschiedet hatten.⁵⁰ Es ist anzunehmen, dass zu diesem Zeitpunkt die parteiinterne Willensbildung weitestgehend abgeschlossen war und die zentralen Botschaften der Parteien für den Wahlkampf feststanden.⁵¹ Der Untersuchungszeitraum endet am Tag vor der Bundestagswahl, am 21. September 2013, umfasst damit insgesamt 90 Tage und deckt den zeitlichen Rahmen ab, in dem der Großteil der Wähler seine Wahlentscheidung trifft.⁵²

Für jede zweite Kalenderwoche (KW 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38) wurden alle Artikel ausgewählt, die die jeweiligen Parteinamen sowie die Begriffe Europa, Union, europäisch etc. enthalten.⁵³ Nicht berücksichtigt wurden Leserbriefe. Die so ermittelten Artikel wur-

46 Vgl. Eurobarometer 67, Befragung: April – Mai 2007, Brüssel 2007. Es ist anzunehmen, dass die unlängst geäußerte Kritik an „methodischen Auffälligkeiten“ des Eurobarometers auf die hier interessierende Frage nicht zutrifft. Vgl. Martin Höpner / Bojan Jurzyk, Kritik des Eurobarometers, in: Leviathan, 40. Jg. (2012), H. 3, S. 326 – 349, S. 345.

47 Vgl. Paul Statham / Ruud Koopmans / Anke Tresch / Julie Firmstone, Political Party Contests. Emerging Euroscepticism or Normalization of Euroscepticism?, in: Ruud Koopmans / Paul Statham (Hrsg.), *The Making of a European Public Sphere*, New York 2010, S. 245 – 273, S. 246.

48 Marcus Maurer / Carsten Reinemann / Thomas Zerback / Olaf Jandura, Wähler unter Medieneinfluss. Berichterstattung, Meinungswandel und Medienwirkungen auf unterschiedlich involvierte Wählergruppen, in: Bernhard Wéßels / Harald Schoen / Oscar W. Gabriel (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 2), S. 291 – 314, S. 293. Nach eigenen Angaben hat die Bild-Zeitung eine Auflage von täglich 2,7 Millionen Exemplaren, die von circa zwölf Millionen Menschen gelesen werden, <http://www.bild.de/digital/bild-zeitung-druck/bild-druck/alle-fakten-redaktionen-journalisten-19083750.bild.html> (Abruf am 2. September 2013).

49 Um die tatsächliche europapolitische Vermittlungsleistung der Massenmedien einschätzen zu können, müsste idealerweise das gesamte Medienrepertoire der Wähler – vor allen Dingen Fernsehsendungen und regionale Zeitungen – auf die transportierten Inhalte zu Fragen der Europapolitik analysiert werden. Marcus Maurer / Carsten Reinemann / Thomas Zerback / Olaf Jandura, a.a.O. (Fn. 48), S. 293.

50 Die Parteien veröffentlichten ihre Wahlprogramme an folgenden Daten: SPD am 14. April 2013; Bündnis 90/Die Grünen am 27. April 2013; FDP am 5. Mai 2013; Die Linke am 16. Juni 2013; Unionsparteien am 23. Juni 2013.

51 Vgl. Marcus Maurer, a.a.O. (Fn. 8), S. 174. Nicht ausgeschlossen ist, dass die Parteien bereits früher mit dem Stimmenwerben begannen. Diesen Zeitpunkt zu ermitteln, würde jedoch eine tiefergehende qualitative Analyse voraussetzen. Vgl. Harald Schoen, Ein Wahlkampf ist ein Wahlkampf ist ein Wahlkampf? Anmerkungen zu Konzepten und Problemen der Wahlkampfforschung, in: Nikolaus Jackob (Hrsg.), *Wahlkämpfe in Deutschland*, Wiesbaden 2007, S. 34 – 45, S. 35.

52 Vgl. Carsten Reinemann / Andreas Maurer / Thomas Zerback / Olaf Jandura, *Die Spätentscheider*, Wiesbaden 2013.

53 Die Bild-Zeitung wurde manuell nach Artikeln mit Europabezug durchsucht. Die Zeitungsarchive der FAZ und SZ wurden mithilfe der Booleschen Operatoren durchsucht nach: Europ* und CDU oder CSU oder Union oder SPD oder FDP oder Link* oder Grüne oder AfD oder NPD oder Republikaner.

den systematisch daraufhin überprüft, ob sie eine Parteiposition zu einer konkreten, auf EU-Ebene zu treffenden Entscheidung beinhalten beziehungsweise ob darin Politiker die Lösung bestimmter Probleme auf europäischer Ebene befürworten oder ablehnen oder ob Aussagen über die europäischen Institutionen und ihre Kompetenzen getroffen werden. Diese Positionen werden aus direkt zitierten oder paraphrasierten Stellungnahmen von Parteimitgliedern entnommen. Sie können zudem im Falle der Regierung aus dem in den Beiträgen beschriebenen Handeln auf europäischer Ebene abgeleitet werden, etwa wenn die Bundeskanzlerin in Brüssel strengere Umweltauflagen für Neuwagen verhindert und hierdurch ihre Position deutlich macht. Nicht berücksichtigt wurden Artikel, in denen Parteimitglieder allgemeine Aussagen über den europäischen Einigungsprozess treffen. Insgesamt wurden in den drei Zeitungen 160 Beiträge ermittelt, die 358 Parteipositionen zu europapolitischen Sachfragen beinhalteten. Kodiert wurden folgende Merkmale: Kalenderwoche, Zeitung, Partei, Parteiposition, Politikfeld. Letztere Kategorie wurde induktiv entwickelt.

5. Europa als Wahlkampfthema bei den Bundestagswahlen 2013

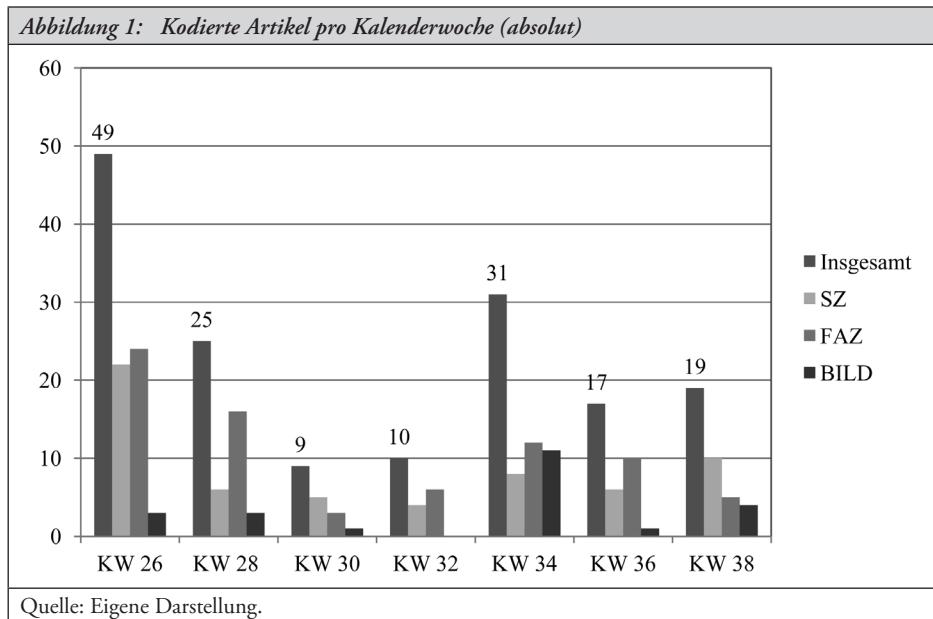
Die drei analysierten Printmedien berichten mit unterschiedlicher Intensität über die europapolitischen Positionen der Parteien. Die insgesamt 160 ermittelten Beiträge verteilen sich im Untersuchungszeitraum wie folgt: In den Qualitätszeitungen finden sich 76 (FAZ) beziehungsweise 61 (SZ) Artikel mit Parteipositionen zu europapolitischen Sachfragen, und damit etwa drei Mal so viele wie in der Bild-Zeitung, wo sich im gesamten Erhebungszeitraum 23 entsprechende Artikel identifizieren lassen. Hier zeigt sich die Berichterstattung zudem unsteter als in der FAZ und der SZ. In manchen Kalenderwochen berichtet Bild gar nicht über Parteipositionen zu europapolitischen Sachfragen, in anderen Wochen finden sich bis zu elf solcher Artikel (vgl. Abbildung 1).

Die Zahl der Artikel nimmt zwar tendenziell ab, in der 34. Kalenderwoche ist jedoch ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Dieser ist primär auf die Zusage des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble zu einem weiteren Hilfspaket für Griechenland und den Reaktionen der anderen Parteien darauf geschuldet.⁵⁴ Beide Koalitionspartner gaben kritisch zu bedenken, dass eine frühe Zusage weiterer Hilfspakete „Gift für die Reformbemühungen“⁵⁵ sei und „dem politischen Gegner Munition“⁵⁶ liefere. Dass Schäuble in der „heißen“ Wahlkampfphase ein drittes Mal Hilfe für Griechenland ankündigte und hierfür auch von FDP und CSU deutliche Kritik erntete, spricht gegen die Annahme einer gezielten Entpolitisierung europapolitischer Sachfragen seitens der Akteure.

⁵⁴ Insbesondere in der Bild-Zeitung erzeugte dieses Thema große Resonanz. Mehr als ein Drittel (34,4 Prozent) der kodierten Parteipositionen der Bild-Zeitung fallen in die Kategorie „Griechenlandhilfe“.

⁵⁵ Claus Hulverscheidt / Alexander Mühlauer / Markus Zydra, Es werde Wachstum, in: SZ vom 23. August 2013, S. 18; Jetzt spricht auch Merkel von neuen Griechen-Milliarden, in: Bild vom 22. August 2013, S. 2.

⁵⁶ Ulrich Schäfer, Lügen und Wahrheiten, in: SZ vom 23. August 2013, S. 15. Weiterhin hieß es aus den Reihen der CSU: „Hilfe in Aussicht zu stellen auf Vorrat – das kommt nicht in Frage. Das zerstört jede Bereitschaft, im eigenen Land das Notwendige zu tun. Das ist nicht gut.“ Von der FDP wurde kommuniziert, Schäubles Zusage sei ein „völlig falschen Ansatz“. Vgl. Schäuble wird zurückgepfiffen, in: SZ vom 22. August 2013, S. 6.



Auch bei den Medien zeigte sich mit näher rückendem Wahltermin kein sinkendes Interesse an Fragen der Europapolitik. Alle drei Zeitungen platzierten kurz vor der Wahl Artikel über die Europapolitik der Parteien.⁵⁷ Dadurch steigt die Anzahl der kodierten Parteiposition pro Artikel gegen Ende des Analysezeitraums an. Die europabezogene Informationsdichte nimmt also zu, je näher der Wahltermin rückt (vgl. Abbildung 2).

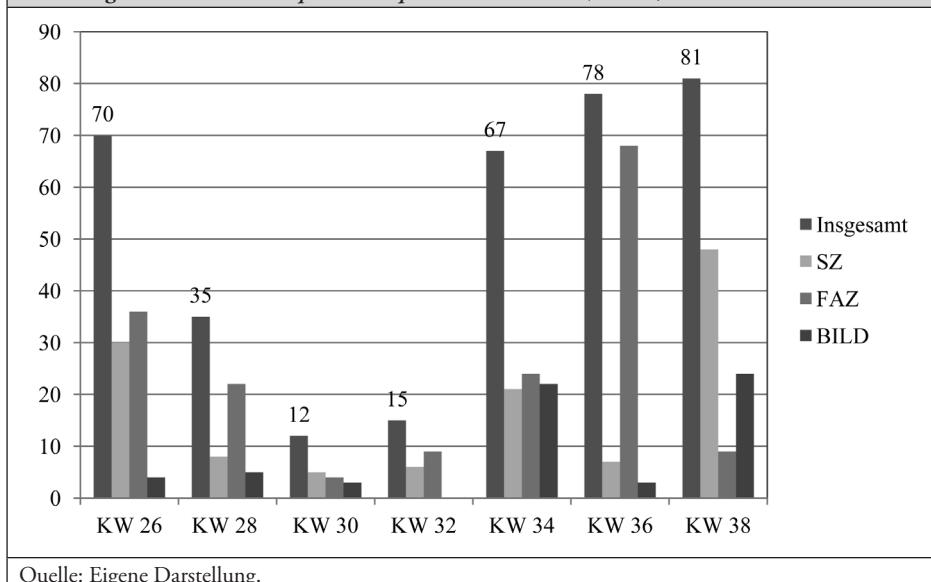
Die oben diskutierte unterschiedliche Anreizstruktur der Parteien zur Thematisierung europapolitischer Fragen in nationalen Wahlkämpfen findet in den vorliegenden Daten keinen Niederschlag. Die Positionen der Parteien an den Rändern des politischen Spektrums werden kaum bis gar nicht in den Medien wiedergegeben.

Die europapolitischen Positionen von NPD und Republikanern finden sich in keiner der analysierten Zeitungen. Damit setzt sich ein bekanntes Muster fort: Auch in vorherigen Wahlkämpfen wurden diese medial nicht transportiert.⁵⁸ Auf die AfD entfallen trotz des eindeutigen Europabezugs ihrer Programmatik im gesamten Analysezeitraum nur acht kodierte Parteipositionen. Diese überraschend geringe Zahl ist zum Teil auf die verwendete Suchmaske zurückzuführen. Mit ihr wurden diejenigen Artikel nicht berücksichtigt, in denen die AfD allgemein mit dem Attribut „euroskeptisch“ belegt oder als Anti-Euro-Partei etikettiert wird. Allein in der SZ finden sich in der Woche der Bundestagswahl neun Artikel, in denen die AfD als „eurokritisch“, „euroskeptisch“, „Anti-Euro-Partei“, „Anti-Euro-

57 Was haben die mit uns vor, in: Bild am Sonntag vom 21. September 2013, S. 12; Majid Sattar, Die Pläne der Parteien zur Europapolitik, in: FAZ vom 7. September 2013, S. 4; Claus Hulverscheidt, Das Monster zuckt, in: SZ vom 17. September 2013, S. 20.

58 Gemäß Niedermayer blieb diesen Parteien „any significant media support“ verwehrt. Oskar Niedermayer, a.a.O. (Fn. 24), S. 143.

Abbildung 2: Kodierte Parteipositionen pro Kalenderwoche (absolut)



Quelle: Eigene Darstellung.

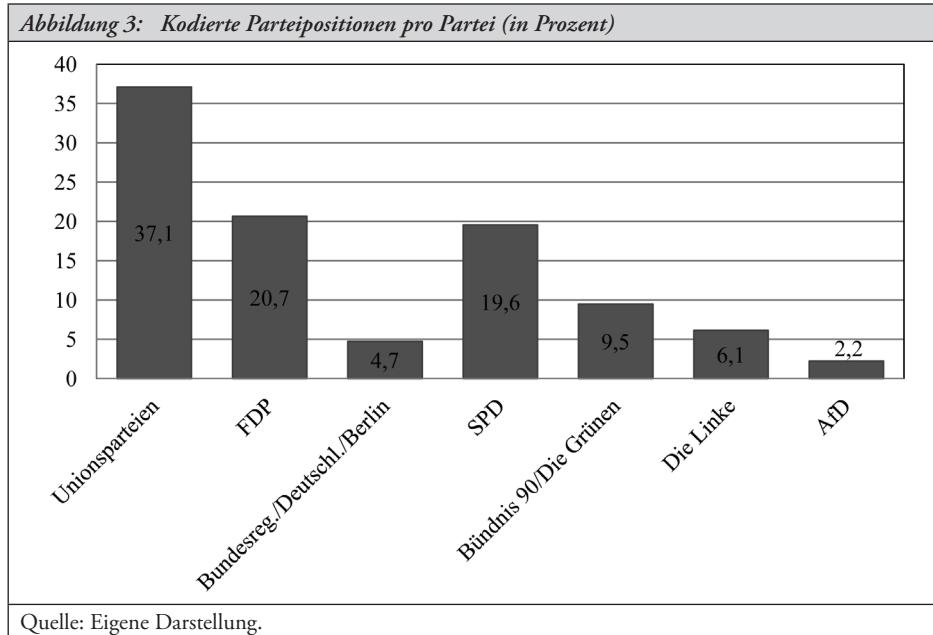
Rettungspartei“, „Euro-Kritiker“, „Euro-Skeptiker“, „Euro-Verächter“ beschrieben wird⁵⁹, während ein weiterer Artikel resümiert, dass sich die neue Partei im Wahlkampf „ausschließlich auf den Widerstand gegen die möglichen Kosten der Euro-Rettung“⁶⁰ konzentriert habe. Dies legt nahe, dass der programmatische Schwerpunkt der AfD, ihre kritische Haltung gegenüber der Währungsunion, durchaus medial vermittelt wurde. Eine darüber hinausgehende europapolitische Programmatik ließ sich jedoch in den analysierten Printmedien nicht erkennen.

6,1 Prozent der kodierten Parteipositionen wurden für Die Linke verzeichnet. Auch dieser Wert fällt angesichts der euroskeptischen Position der Partei und den vermuteten wahlstrategischen Anreizen zur Thematisierung Europas unerwartet gering aus. Auf die Grünen entfallen zwar 9,5 Prozent aller kodierten Parteipositionen; jedoch stammt mehr als die Hälfte davon aus den drei genannten Übersichtsartikeln zur Europapolitik der Parteien. Die Grünen erweisen sich damit in den Printmedien weniger als aktive Gestalter des europapolitischen Diskurses. Ihre Positionen werden insbesondere dann medial vermittelt, wenn auch die Standpunkte der anderen Parteien dargelegt werden. Mit weniger als 20 Prozent der kodierten Parteipositionen ist die SPD in den analysierten Printmedien weniger präsent als die FDP, auf die 20,7 Prozent der kodierten Parteipositionen entfallen (vgl. Abbildung 3).

Dominante Akteure des medial transportierten europapolitischen Diskurses sind die Regierungsparteien: 62,5 Prozent der kodierten Parteipositionen wurden für sie verzeichnet. Häufig sind es die Bundesminister oder die Bundeskanzlerin selbst, die sich zu Fragen der

59 Vgl. beispielsweise Kurt Kister, Merkel oder Steinbrück. Eine spannende Wahl, in: SZ vom 21. September 2013, S. 4; Stefan Braun, Selten war es so knapp, in: SZ vom 21. September 2013, S. 1.

60 Nico Fried, Die Wahl der Qual, in: SZ vom 21. September 2013, S. 2.



Europapolitik äußern. Allein auf *Angela Merkel* und den Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* entfallen zusammen mit etwa 23 Prozent knapp ein Viertel aller kodierten Parteipositionen (*Merkel* 11,7 Prozent, *Schäuble* 11,5 Prozent). Dies überrascht nicht, da die Regierung über den Europäischen Rat und den Ministerrat direkt in die Entscheidungsführung auf europäischer Ebene eingebunden ist und ihren jeweiligen Standpunkt auch durch ihr Handeln auf europäischer Ebene zum Ausdruck bringen kann.

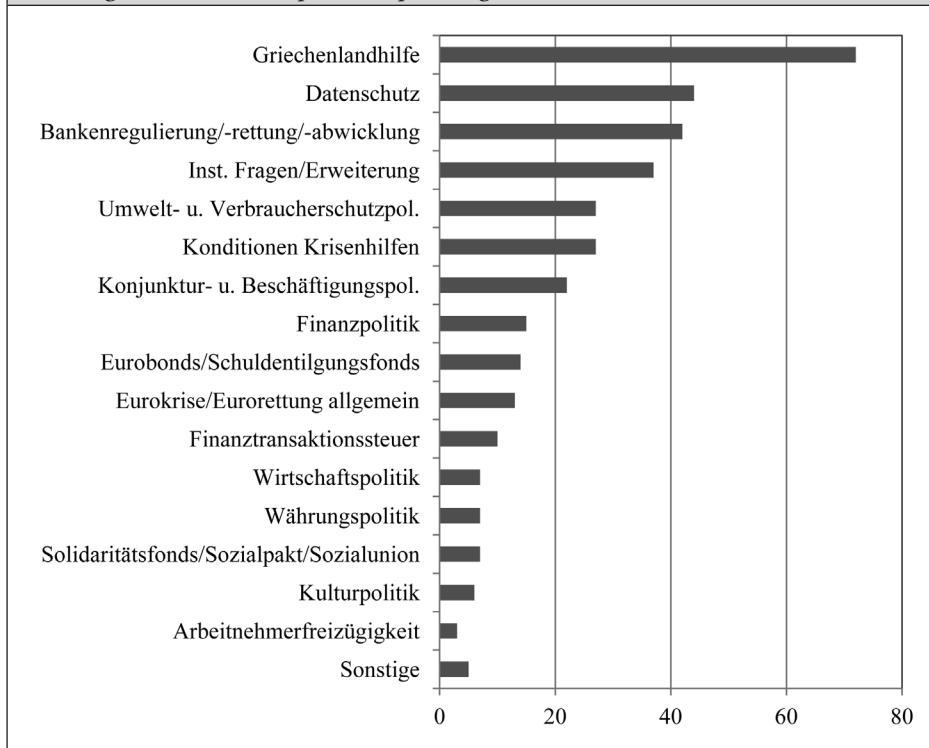
Insgesamt werden damit frühere Studien bestätigt, denen zufolge die europapolitischen Diskurse in den Mitgliedstaaten insbesondere von den Regierungschefs und den Ministern dominiert werden. Dies kann möglicherweise auf den „Beachtungsvorsprung“ der Regierungsparteien zurückgeführt werden.⁶¹ Anhand der vorliegenden Daten allein lässt sich diese Annahme nicht abschließend prüfen. Allerdings zeigen die Daten, dass die Printmedien selbst in den letzten Wochen vor der Wahl einer regierungszentrierten Berichterstattung entgegenwirken: Viele kodierte Parteipositionen der kleineren Parteien stammen aus den drei Artikeln mit explizitem Europabezug. Bei den Grünen sind es etwa 58 Prozent, bei der Linken circa 54 und bei der AfD 50 Prozent (zum Vergleich: bei der SPD sind es rund 26, bei der FPD knapp 30 und bei den Unionsparteien lediglich 13,5 Prozent).

Abbildung 4 zeigt, dass die thematische Bandbreite europäischer Politik bei weitem nicht abgedeckt wurde.⁶² Vielmehr wurden im Vorfeld der Bundestagswahl insbesondere die Parteipositionen zu aktuellen Fragen der Europapolitik kommuniziert. Speziell die „Eu-

61 Insbesondere bei der FAZ zeigt sich eine besonders starke Berücksichtigung der Parteipositionen der FDP. Genau ein Viertel der kodierten Parteipositionen aus der FAZ beinhaltet Parteipositionen der FDP (bei der Bild-Zeitung sind es nur 16,4 und bei der SZ 16,8 Prozent).

62 Vgl. zu den Rechtssetzungsaktivitäten der EU in verschiedenen Politikfeldern Thomas König / Tanja Dannwolf / Brooke Luetgert, a.a.O. (Fn. 4), S. 26.

Abbildung 4: Kodierte Parteipositionen pro Kategorie (absolut)



Die Kategorien sind wie folgt kodiert: *Griechenlandhilfe*: Aussagen über weitere Hilfspakete für Griechenland sowie deren Effekt auf den griechischen „Reformfeier“, Höhe und Zeitraum der Zahlung der Hilfspakete, Schuldnerlass/Schuldenabschaffung für Griechenland, Umschuldung in Griechenland, Reform- und Sparaufgaben, Folgen der Schuldenpolitik in Griechenland, Bewertung von Reformen in Griechenland; *Datenschutz*: Aussagen zur Thematisierung der Abhöraffäre durch nationale Akteure auf EU-Ebene, Zuständigkeit der EU-Institutionen für die Aufklärung der Abhöraffäre, Europäische Datenschutzstandards, Europäische Datenschutzverordnung, Datenaustausch-Abkommen der EU mit Drittstaaten, Vorratsdatenspeicherung; *Banken/-regulierung/-rettung/-abwicklung*: Aussagen über Regeln und Entscheidungsbefugnisse bei der Abwicklung von Großbanken (Kommission oder Mitgliedstaaten), Abwicklungs- und Restrukturierungsfonds, Bankenunion, Eigenkapitalvorschriften, Geldmarktfonds, Verstaatlichung von Großbanken, Bonuszahlungen, Aussagen darüber, welche Banken durch den ESM finanziell gestützt werden sollen und wer für die Bankenrettung finanziell aufkommt; *Institutionelle Fragen/Erweiterung*: Aussagen über Größe und Kompetenzen der Kommission, Wahl des Kommissionspräsidenten, Kompetenzen der EU und Rückverlagerung von Kompetenzen an die Nationalstaaten, die „Regelungswut“ von Brüssel, Kompetenzen des Rates, die Ratspräidentschaft von Schuldensstaaten, Vertragsrevisionsverfahren, Finalität Europas, Beitritt neuer Staaten, Beitrittsverhandlungen; *Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik*: Aussagen über Energie- und Klimapolitik der EU, Supercredits, CO₂-Abgasbestimmungen für Neuwagen, Umweltauflagen für Landwirte, die Kontrolle des Referenzzinssatzes Libor, die Energiewende im europäischen Kontext, Zulassungsverfahren für Pflanzentechnik, Warenursprungskennzeichnung, europäische Regulierung für Versicherer; *Konditionen Krisenhilfen*: allgemeine (nicht konkret auf Griechenland bezogene) Aussagen über Konditionen der Krisenhilfe, den Zusammenhang zwischen Hilfszusagen und Reformmaßnahmen, die Angemessenheit der Sparaufgaben sowie Forderungen nach Aufhebung der Sparaufgaben für die Krisenstaaten; *Konjunktur- und Beschäftigungspolitik Krisenstaaten*: Aussagen über Höhe deutscher und europäischer Mittel für eine europäische Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, Rücknahme von Sozialkürzungen in Krisenstaaten, Investitionen in

Fortsetzung Abbildung 4

Konjunkturprogramme in den Krisenstaaten, Ursachen von und Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit; *Finanzpolitik*: Aussagen über europäische Mindeststeuersätze, den Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerdumping, EU-Sparziele, Haushaltsdisziplin in Europa, Schuldenbremse für Mitgliedstaaten, Politik zur Senkung der Schulden, Staatsinsolvenzrecht; *Eurobonds/Schuldentilgungsfonds*: Aussagen über Eurobonds, Schuldentilgungsfonds, Schuldentilgungspakt, Schuldenunion; *Eurokrisel/Eurorettung allgemein*: Aussagen über Eurorettungsschirm, finanzielle Mittel zur Eurorettung, Ursachen und Kosten der Krise, Fragen, wer für die Eurorettung aufkommt, EZB-Kredite an Mitgliedstaaten; *Finanztransaktionssteuer*: Aussagen über Finanztransaktionssteuer; *Währungspolitik*: Aussagen über den Euro und seine Abschaffung; *Wirtschaftspolitik*: Aussagen über Handelsströme zwischen Mitgliedstaaten, Freihandelsabkommen mit USA, gemeinsame Wirtschaftsregierung; *Solidaritätsfonds/Sozialpakt/Sozialunion*: Aussagen über Sozialunion, Transferunion, Solidaritätsfonds, Europäische Vorgaben für Bildungs- und Sozialausgaben; *Kulturpolitik*: Aussagen über kulturelle Ausnahmen bei dem Freihandelsabkommen mit den USA; *Freizügigkeit von Arbeitnehmern*: Aussagen über Zugangsbedingungen für Fachkräfte aus dem Ausland. Quelle: Eigene Darstellung.

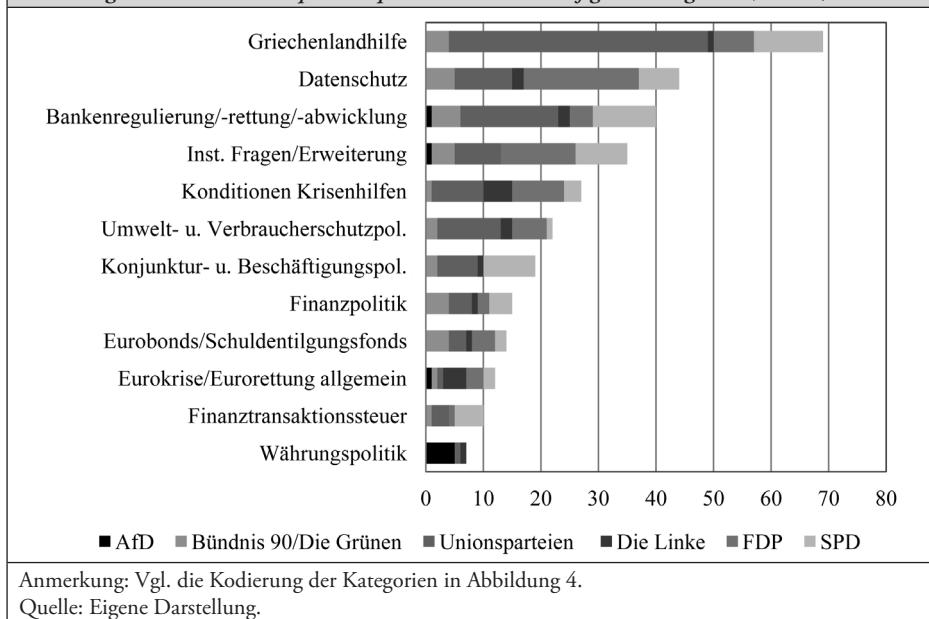
ro-Krise“ hat den europapolitischen Diskurs in den Medien dominiert. Etwa 53 Prozent aller kodierten Parteipositionen weisen einen eindeutigen Bezug zur Krise auf (Griechenlandhilfe, Bankenregulierung/-rettung/-abwicklung, Konditionen Krisenhilfen, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik Krisenstaaten, Eurobonds/Schuldentilgungsfonds, Euro-Krise/Euro Rettung allgemein).

Eine inhaltliche Schwerpunktsetzung, gemessen an dem Anteil der Positionen, der in den verschiedenen Kategorien auf die einzelnen Parteien entfällt, ist nicht für alle Parteien erkennbar. Bei der AfD überrascht es kaum, dass der Großteil der wenigen kodierten Parteipositionen der „Währungspolitik“ zugeordnet werden kann, die von ihr im Analysezeitraum häufiger als von allen anderen Parteien thematisiert wurde. In dieser Kategorie wurden allerdings insgesamt nur sieben kodierte Parteipositionen verbucht. Bei den Grünen zeigt sich hingegen keine klare Prioritätensetzung. Keine einzige Kategorie wird von ihnen dominiert und, anders als zu erwarten, beziehen sich nur zwei der für sie kodierten Parteipositionen auf die europäische Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik. Auch Die Linke kann aufgrund der geringen Zahl der kodierten Parteipositionen kein Politikfeld für sich besetzen. Anders gestaltet sich dies bei der SPD, auf die die meisten in den Kategorien „Konjunktur- und Beschäftigungspolitik Krisenstaaten“ sowie „Finanztransaktionssteuer“ kodierten Parteipositionen zurückgehen (vgl. Abbildung 5). Insgesamt sind in beiden Kategorien zusammen jedoch nur 14 Parteipositionen der Sozialdemokraten kodiert. Insofern ist auch hier fraglich, ob diese Prioritätensetzung für Rezipienten ersichtlich war.

Ein deutlicher inhaltlicher Schwerpunkt ist bei den Unionsparteien zu erkennen. Mehr als ein Drittel der kodierten Parteipositionen sind der „Griechenlandhilfe“ zuzuordnen. Knapp zwei Drittel dieser Kategorie gehen damit auf CDU und CSU zurück. Dies dürfte allerdings primär Schäubles Zusage zu einem weiteren Hilfspaket und Merkels Rolle in der Krisenpolitik geschuldet sein. Bei der FDP zeigt sich hingegen ein klares inhaltliches Profil. Knapp 30 Prozent der kodierten Parteipositionen der Liberalen entfallen auf die Kategorie „Datenschutz“. Sie zeichnen sich damit für fast die Hälfte der in dieser Kategorie kodierten Parteipositionen verantwortlich und decken ein klassisches liberales Thema ab.

Insgesamt lassen sich kaum unterschiedliche Prioritäten der Parteien in der Europapolitik erkennen. Die meisten Parteien besetzen kaum die zu erwartenden thematischen Nischen. Im Folgenden wird deshalb in verschiedenen Kategorien qualitativ analysiert, inwiefern die Parteien unterschiedliche Positionen zu Fragen der Europapolitik einnehmen. Dass sie unter-

Abbildung 5: Kodierte Parteiposition pro Partei in den häufigsten Kategorien (absolut)



Anmerkung: Vgl. die Kodierung der Kategorien in Abbildung 4.

Quelle: Eigene Darstellung.

schiedliche Positionen haben, verdeutlicht exemplarisch der Vergleich der Wahlprogramme von SPD und Unionsparteien, denen im Allgemeinen keine europapolitischen Extrempositionen attestiert werden⁶³: Die SPD wirbt in ihrem Wahlprogramm für ein soziales Europa, plant, hierzu einen sozialen Stabilitätspakt sowie einen Europäischen Investitions- und Aufbaufonds einzurichten, und betont, dass die Bekämpfung der „dramatisch gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit (...) im Mittelpunkt europäischer Politik stehen“ müsse. Des Weiteren tritt sie für einen europäischen Schuldentiligungsfonds ein und plädiert für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei „mit dem klaren Ziel eines EU-Beitritts“⁶⁴. Die Unionsparteien stellen dem ihr Konzept der sozialen Marktwirtschaft in Europa entgegen. Sie wollen der Jugendarbeitslosigkeit begegnen, indem bestehende „Fördermittel der Europäischen Union stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen“. Explizit wenden sie sich gegen rot-grüne Vorschläge einer „Vergemeinschaftung der Schulden und Eurobonds“. Auch lehnen sie den EU-Beitritt der Türkei ab.⁶⁵

Durchaus unterschiedlich positionieren sich die Parteien zur Lösung der Krise. Exemplarisch verdeutlichen dies die in den Kategorien „Griechenlandhilfe“ und „Konditionen Krisenhilfe“ kodierten Standpunkte: Auf der einen Seite argumentieren FDP und Unionsparteien wiederholt, dass Krisenstaaten Hilfsmittel nur erhalten sollten, solange sie Strukturreformen und „solide Haushaltspolitik“⁶⁶ vorweisen könnten. Die FDP kritisiert vor

63 Vgl. Leonhard Ray, a.a.O. (Fn. 25).

64 Vgl. SPD, a.a.O. (Fn. 42).

65 Vgl. CDU/CSU, Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013-2017, Berlin 2013.

66 Claus Hulverscheidt, Das Monster zuckt, in: SZ vom 17. September 2013, S. 20; vgl. auch Die Liebe zu Europa und den Griechen, in: SZ vom 26. Juli 2013, S. 18; Hendrik Kafsack / Michael

diesem Hintergrund Schäubles Zusage weiterer Hilfspakete für Griechenland. Geeint zeigen sich die Koalitionspartner hingegen bei der Frage eines Schuldenschnittes für Griechenland. Beide sprechen sich in mehr als einem Dutzend Fällen dagegen aus.⁶⁷ Auf der anderen Seite mahnen die SPD und insbesondere Die Linke, dass die Koppelung der Krisenhilfen an die verordnete Austeritätspolitik nicht zu streng gehandhabt werden solle, um eine „tödliche Dosis“⁶⁸ der Sparvorgaben zu verhindern. Flankiert werden diese Standpunkte durch die Positionen in den Kategorien „Solidaritätsfonds/Sozialpakt/Sozialunion“ sowie „Konjunktur- und Beschäftigungspolitik Krisenstaaten“. Die CDU plant einen Solidaritätsfonds, der die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten begleitet und aus dessen Mitteln diese für erfolgreiche Wirtschaftsreformen belohnt werden. Die SPD spricht sich für einen Solidaritätspakt aus, in dem sich die Mitgliedstaaten auf verbindliche Vorgaben für Bildungs- und Sozialausgaben festlegen.⁶⁹ Wiederholt plädieren die Sozialdemokraten zudem für eine Aufstockung der Mittel für Konjunkturprogramme in den Krisenstaaten.⁷⁰ Auch in der Frage der Eurobonds zeigen sich unterschiedliche Positionen. Die FDP ist ebenso wie die Unionsparteien gegen, SPD und Grüne sind für Eurobonds.⁷¹

Insgesamt scheint aber in Hinblick auf den grundlegenden Umgang mit der „Euro-Krise“ zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien Konsens zu herrschen: Keine Partei plädiert für den EU-Austritt von Krisenstaaten, keine spricht sich für die Abschaffung des Euros aus. Die AfD ist damit die einzige Partei, die den Euro als „Fehlkonstruktion“ identifiziert und für eine geordnete Auflösung der Gemeinschaftswährung plädiert. Sie nimmt damit im Wahlkampf tatsächlich eine alternative Position ein, die von den anderen Parteien nicht abgedeckt wird und erweitert damit das Spektrum der parteipolitischen Alternativen.

Auch in der Kategorie „Datenschutz“, die mit 44 kodierten Parteipositionen die zweithäufigste Kategorie ist, zeigen sich Unterschiede: Die Grünen, Die Linke und die FDP lehnen die Umsetzung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ab, während die Unionsparteien und die SPD sie befürworten.⁷² In die Kategorie „Datenschutz“ fallen zudem die

65 *Stabenow / Dietrich Creutzburg*, Streit über EU-Haushalt vor Gipfeltreffen beigelegt, in: FAZ vom 28. Juni 2013, S. 1 – 2; *Dietrich Creutzburg*, Zweifel am Nutzen der Arbeitsmarktmilliarden, in: FAZ vom 28. Juni 2013, S. 11; *Günter Bannas*, Die Mutter der Porzellankiste, in: FAZ vom 20. September 2013, S. 3; Was haben die mit uns vor?, in: Bild vom 21. September 2013, S. 12.

66 Vgl. exemplarisch Rösler: Kein Schuldenschnitt für Griechenland, in: FAZ vom 10. August 2013, S. 12.

67 Robert Rossmann, Steinbrück attackiert – Merkel pariert, in: SZ vom 2. September 2013, S. 4; vgl. auch Michael Martens, Die Kette der Kanzlerin, in: FAZ vom 20. September 2013, S. 10.

68 Vgl. Christian Schubert, Gabriel und Déris für Sozialstandards, in: FAZ vom 27. Juni 2013, S. 4; Werner Müller / Christian Schubert, Brüssel auf Kuschelkurs mit Frankreich, in: FAZ vom 27. Juni 2013, S. 9; Dietrich Creutzburg, Zweifel am Nutzen der Arbeitsmarktmilliarden, in: FAZ vom 28. Juni 2013, S. 11; Werner Müller / Michael Stabenow / Nikolas Busse, EU verschiebt die Reform der Währungsunion, in: FAZ vom 29. Juni 2013, S. 11.

69 Vgl. Christian Schubert, a.a.O. (Fn. 69).

70 Vgl. Mit den grünen Tugendwächtern kann man nicht regieren, in: Bild am Sonntag vom 25. August 2013, S. 4; Berthold Kohler, Ein Lichtlein, in: SZ vom 22. August 2013, S. 1; Majid Sattar, Die Pläne der Parteien zur Europapolitik, in: FAZ vom 7. September 2013, S. 4; Claus Huhne, a.a.O. (Fn. 66).

71 Vgl. Wolfgang Janisch, Grundrechte vor Gericht, in: FAZ vom 9. Juli 2013, S. 27; Wolfgang Janisch, Mit dem Presslufthammer eine Nuss knacken, in: SZ vom 10. Juli 2013; Varinia Bernau, Die Machtfrage, in: SZ vom 20. August 2013, S. 18; Peter Carstens, Die Pläne der Parteien zu Sicherheit, Justiz und Integration, in: FAZ vom 6. September 2013, S. 4.

europäischen Datenschutzstandards, die von den Parteien im Rahmen der Diskussion über die Prism-Affäre⁷³ thematisiert werden. So fordert die FDP, dass die Kompetenzen zur Aufklärung des Abhörskandals bei den europäischen Institutionen liegen sollten, und plädiert für eine europäische IT-Strategie sowie europäische Datenschutzstandards. Darüber hinaus schlägt sie vor, dass die EU bestehende Vereinbarungen über den Datenaustausch mit Washington aufzukündigen solle.⁷⁴ Auch die CDU signalisiert, sich für eine europäische Datenschutzverordnung einsetzen zu wollen und wird hierfür von den Grünen gelobt. Letztere sprechen sich für die Auflösung bestehender Abkommen über die Übermittlung von Bank- oder Fluggästdaten aus.⁷⁵ Europa wird hier also parteiübergreifend als mögliche politische Handlungsebene genannt. Der nationalen Debatte wird so von den Parteien eine europäische Dimension verliehen.

6. Zusammenfassung: keine Entpolitisierung, Bevorzugung der Regierungsparteien

In den analysierten Printmedien ließen sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 keine Anhaltspunkte für eine Entpolitisierung europapolitischer Themen finden. Die Berichterstattung über die Parteipositionen zu euroapolitischen Sachfragen nahm im Zeitverlauf nicht ab. Zwar sank die Zahl der Artikel, die Parteipositionen zu europapolitischen Sachfragen enthalten, leicht, doch wird dies durch ihre zunehmende Informationsdichte kompensiert. Gegen eine Entpolitisierung spricht zudem die aktive Thematisierung europapolitischer Sachfragen auch in der „heißen“ Wahlkampfphase. Schäuble stieß vier Wochen vor der Wahl eine Debatte über weitere Hilfszahlungen für Griechenland an, und Politiker aller Lager stellten in der Diskussion über die Prism-Affäre mit Verweisen auf die europäische Datenschutzverordnung und die europäische IT-Strategie aktiv einen Bezug zur EU her. Europapolitische Themen sind damit im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 nicht wie bei vorherigen Wahlen aus „der Begriffswelt der politischen Auseinandersetzung“⁷⁶ gewichen. Ob deshalb eine Politisierung Europas diagnostiziert werden kann, scheint jedoch fraglich. So enthielten im Schnitt 1,1 Artikel pro Zeitung und Tag europapolitische Parteipositi-

73 Bei Prism handelt es sich um ein Programm zur Überwachung und Auswertung elektronischer Medien und elektronisch gespeicherter Daten, dass von den Geheimdiensten der USA seit 2007 geführt wird. Die Veröffentlichungen zu Prism sind Teil verschiedener Offenlegungen geheimer US-amerikanischer Dokumente, durch die Edward Snowden die Überwachungs- und Spionageaffäre 2013 auslöste. Zuerst bei Barton Gellmann / Laura Poitras, U.S., British Intelligence Mining Data From Nine U.S. Internet Companies in Broad Secret Program, in: The Washington Post vom 6. Juni 2013; Glenn Greenwald / Ewen MacAskill, NSA Prism Program Taps in to User Data of Apple, Google and Others, in: The Guardian vom 6. Juni 2013; vgl. auch Nicolas Richter, Im Schleppnetz verfangen, in: SZ vom 8. Juni 2013, S. 2.

74 Vgl. Javier Cáceres / Chrsitan Zaschke, Amerikanischer als die Amerikaner, in SZ vom 24. Juni 2013, S. 2; Amerika fordert Auslieferung Snowdens, in: FAZ vom 25. Juni 2013, S. 1 – 2; Zwei Briefe nach London, in: SZ vom 26. Juni 2013, S. 7; Thomas Holl, Nicht nur vom Wahlkampf erhitzt, in: FAZ vom 27. Juli 2013, S. 2; BND arbeitet mit Regierung zusammen, in: FAZ vom 6. August 2013, S. 4; Rösler fordert von Brüssel eine IT-Strategie, in: FAZ vom 9. August 2013, S. 1.

75 Vgl. Peter Carstens, Die Pläne der Parteien zu Sicherheit, Justiz und Integration, in: FAZ am 6. September 2013, S. 4; Schaar kritisiert Friedrich, in: FAZ am 27. September 2013, S. 4; Varinia Bernau, a.a.O. (Fn. 72).

76 Michael Zürn, a.a.O. (Fn. 16), S. 248.

nen. Hohe Popularität kann man Fragen der Europapolitik damit noch nicht attestieren. Dies gilt insbesondere für die auflagenstärkste der analysierten Zeitungen, die Bild. Hier wurde deutlich weniger über die Positionen der Parteien zu europapolitischen Sachfragen berichtet als in den anderen analysierten Printmedien.

Unterschiedliche europapolitische Prioritäten wurden in den Medien nicht für alle Parteien erkennbar. Gleichwohl zeigten sich durchaus parteipolitische Alternativen, da die Parteien zu verschiedenen Sachfragen der Europapolitik unterschiedliche Lösungsansätze präsentierte und den von der „Euro-Krise“ eröffneten Raum für Auseinandersetzungen über „die Reichweite staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben“⁷⁷ nutzten. Die Diskussion über die Krisenbewältigung kreiste im Wahlkampf primär um die Frage, ob rigide Sparpolitik oder Konjunkturprogramme die richtige Strategie seien – Positionen, die sich bereits in den Bundestagsdebatten über die „Euro-Krise“ 2010 und 2011 heraustraktallisiert hatten.⁷⁸ Damit wurden den Wählern zumindest zu aktuellen Fragen der Europapolitik durchaus erkennbare Alternativen geboten. Allerdings war deren Stoßrichtung weitgehend gleich. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien stellte die Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion grundsätzlich in Frage, keine dieser Parteien dachte öffentlich darüber nach, den Krisenstaaten keine weiteren Hilfen zukommen zu lassen. Die AfD erweiterte vor diesem Hintergrund die Bandbreite der politischen Alternativen erheblich.

Allerdings wurden insbesondere die Positionen der Regierungsparteien und in geringerem Maße die der SPD medial vermittelt. Die europapolitischen Standpunkte der anderen Parteien wurden hingegen weniger bis gar nicht transportiert. Die vermutete – wahlstrategisch bedingte – unterschiedliche Motivation von Parteien, europapolitische Fragen zu thematisieren, schlug sich damit nicht in der Medienberichterstattung nieder. Auffällig ist, dass selbst die Positionen der euroskeptischen AfD kaum medial vermittelt wurden. Fast ausschließlich durch die häufige Nutzung von Attributen wie „euroskeptisch“ und „eurokritisch“ wurde die kritische Haltung der AfD gegenüber der Gemeinschaftswährung erkennbar. Darüber hinausgehende europapolitische Inhalte der AfD-Programmatik wurden in den Medien nicht sichtbar. Es wird in Zukunft gezielter geprüft werden müssen, inwiefern diese unterschiedliche Vermittlungsleistung auf die Parteien selbst oder auf die Selektionsmechanismen der Printmedien zurückzuführen ist.

Diese Befunde sind abschließend dahingehend zu qualifizieren, dass sie auf der systematischen und detaillierten Analyse dreier Printmedien basieren. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Wähler im Durchschnitt mit ähnlicher Intensität verschiedene Printmedien rezipieren. Die tatsächliche Vermittlungsleistung der Medien dürfte insofern geringer sein. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Wähler „nur einen Bruchteil der Mediенinformationen verarbeiten und erinnern“⁷⁹. Gleichwohl zeigt die Analyse, dass für interessierte Bürger durchaus die Möglichkeit bestand, sich in den Printmedien über die euroapolitischen Positionen – allerdings vor allem der Regierungsparteien und der SPD – zu informieren und auf dieser Basis ihre Wahlentscheidung zu treffen.

⁷⁷ Bernhard Weßels / Harald Schoen / Oscar W. Gabriel, Die Bundestagswahl 2009 – Rückschau und Vorschau, a.a.O. (Fn. 2), S. 25.

⁷⁸ Vgl. Andreas Wimmel, a.a.O. (Fn. 39).

⁷⁹ Marcus Maurer, a.a.O. (Fn. 8), S. 176.